

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Besoldungsgesetz für das Land Brandenburg - Brandenburgisches Besoldungsgesetz (BbgBesG)

A. Problem

Mit einem Brandenburgischen Besoldungsgesetz muß, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften (Bundesbesoldungsgesetz und 2. Besoldungs-Überwachungsverordnung) gelten, die Besoldung der Beamten und Richter des Landes und der Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, geregelt werden.

B. Lösung

Beschlußfassung über ein Landesbesoldungsgesetz. Die Zuordnung der landesspezifischen Ämter in die Landesbesoldungsordnungen A und B erfolgt unter Beachtung der bundesrechtlichen Vorgaben zur sachgerechten Bewertung (§ 18, 20 BBesG, § 9 der 2. Besoldungs-Übergangsverordnung).

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten werden im Haushalt der Ministerien veranschlagt.

E. Zuständigkeit

Zuständig ist der Minister der Finanzen.

Datum des Originals: 06.12.1991 / Ausgegeben: 11.12.1991

Besoldungsgesetz
für das Land Brandenburg
(Brandenburgisches Besoldungsgesetz - BbgBesG)
Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften gelten, die Besoldung der Beamten und Richter des Landes und der Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; ausgenommen sind die Ehrenbeamten, die Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, und die ehrenamtlichen Richter.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2
Brandenburgische Besoldungsordnungen

(1) Die Zuordnung der bundesrechtlich nicht geregelten Ämter zu den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B, die Amtsbezeichnungen in diesen Ämtern und die Gewährung besonderer landesrechtlicher Zulagen richten sich nach der Anlage 1 - Brandenburgische Besoldungsordnungen -. Die Beträge der Zulagen werden in der Anlage 2 ausgewiesen.

(2) Die Zuordnung der Ämter der hauptamtlichen Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden, Gemeindeverbände und regionalen Kommunalverbände sowie anderer überörtlicher kommunaler Einrichtungen zu den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B richten sich nach der Rechtsverordnung gemäß § 21 Abs. 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes und den dazu ergangenen ergänzenden Verordnungen des Bundes und des Landes.

(3) Bei der Vorbereitung allgemeiner besoldungsrechtlicher Regelungen für Beamte der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstiger Kommunalverbände wirken die Kommunalen Spitzenverbände mit.

§ 3
**Einweisung in die Planstelle,
Änderung in der Zuordnung von Ämtern**

(1) Wird einem Beamten oder Richter ein Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen, so kann er mit Rückwirkung von dem ersten oder einem sonstigen Tage des Kalendermonats, in dem die Verleihung wirksam wird, in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit diese besetzbar war.

(2) §§ 17 und 49 der Landeshaushaltsordnung gelten für die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts entsprechend. In Haushaltsgesetzen oder Haushaltssatzungen können besondere Regelungen zur Haushaltsbewirtschaftung erlassen werden.

(3) Richtet sich die Zuordnung von Ämtern zu den Besoldungsgruppen einschließlich der Gewährung von Amtszulagen nach der Schülerzahl einer Schule, so sind bei einer dadurch eintretenden Änderung der Zuordnung Ernennungen und Einweisungen in Planstellen nicht vorzunehmen und Amtszulagen nicht zu gewähren, wenn abzusehen ist, daß die Änderung nicht länger als für die Dauer eines Schuljahres Bestand haben wird.

§ 4 Aufwandsentschädigungen

(1) Aufwandsentschädigungen dürfen nur gewährt werden, wenn aus dienstlicher Veranlassung Aufwendungen entstehen, deren Übernahme dem Beamten oder Richter nicht zugemutet werden kann, und der Haushaltsplan Mittel dafür zur Verfügung stellt.

(2) Der zuständige Fachminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen durch Rechtsverordnung Richtlinien für die Gewährung von Dienstaufwandsentschädigungen an die Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zu erlassen und dabei Höchstgrenzen festzulegen. Die Richtlinien dürfen von den für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen nur abweichen, wenn dies wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse sachlich notwendig ist.

(3) Soweit Vorschriften nach Absatz 2 nicht erlassen worden sind, bedarf die Ausbringung von Mitteln für Aufwandsentschädigungen im Haushaltsplan oder einem entsprechenden Plan der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts der Zustimmung der obersten Aufsichtsbehörde und des Ministers der Finanzen oder der von ihnen bestimmten Stelle.

§ 5 Sonstige Zuwendungen

(1) Neben der Besoldung einschließlich Aufwandsentschädigungen

dürfen sonstige Geldzuwendungen an Beamte der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nur insoweit gewährt werden, als sie die Geldzuwendungen nach den für die Beamten des Landes geltenden Regelungen nicht übersteigen. Sonstige Geldzuwendungen sind Geld- und geldwerte Leistungen, die die Beamten unmittelbar oder mittelbar von ihrem Dienstherrn erhalten.

(2) Absatz 1 gilt nicht für im Wettbewerb stehende Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform und deren Verbände sowie im Wettbewerb stehende Eigenbetriebe.

§ 6

Anrechnung von Sachbezügen

(1) Erhält ein Beamter oder Richter Sachbezüge, so werden diese unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes mit einem angemessenen Betrag auf die Besoldung angerechnet, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

(2) Das Nähere regelt der Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern durch Rechtsverordnung, für die Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts der zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen.

§ 7

Zuständigkeitsregelungen

(1) Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung die Behörden, die die Besoldung der Landesbeamten festsetzen. Für die Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts setzt die von der obersten Dienstbehörde bestimmte Stelle die Besoldung fest.

(2) Entscheidungen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes trifft der Minister der Finanzen, Entscheidungen nach § 9 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes der Dienstvorgesetzte.

(3) Entscheidungen nach § 40 Abs. 7 Satz 4 des Bundesbesoldungsgesetzes trifft der Minister der Finanzen oder die von ihm bestimmte Stelle.

(4) Über die Beifügung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen gemäß Nummer 1 Abs. 2 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B entscheidet für die Beamten des Landes der Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für die in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Beamten der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen.

(5) Die zur Ausführung dieses Gesetzes und der besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes erforderlichen Verwaltungsverordnungen erläßt der Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1.Juli 1991 in Kraft.

Brandenburgische Besoldungsordnungen
- BbgBesO -

Vorbemerkungen:

1. Ämter, Amtsbezeichnungen
 - 1.1. Die Beamtinnen führen die Amtsbezeichnungen grundsätzlich in der weiblichen Form.
 - 1.2. (1) Soweit die Einreihung der Ämter in die Besoldungsgruppen sich nach der Zahl der Einwohner eines Bezirks bestimmt, ist die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ermittelte "Wohnbevölkerung" jeweils vom Beginn des folgenden Kalenderjahres an maßgebend.

(2) Soweit die Einreihung der Ämter der Schulleiter und ihrer Vertreter in die Besoldungsgruppen sich nach der Zahl der Schüler an der Schule bestimmt, sind für das jeweilige Schuljahr die Ergebnisse der amtlichen Schulstatistik maßgebend.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Ämter, deren Einreihung in den Bundesbesoldungsordnungen geregelt ist.

(4) § 19 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes bleibt unberührt.
 - 1.3. Die als künftig wefallend, künftig umzuwandeln bezeichneten Ämter dürfen den Beamten nicht mehr verliehen werden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.
2. Zulagen
 - 2.1. Beamte und Richter erhalten für die Dauer ihrer Verwendung bei obersten Landesbehörden eine Stellenzulage nach Maßgabe der Nummer 7 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung A und B, der Nummer 3 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C oder der Nummer 2 der Vorbemerkungen der Bundesbesoldungsordnung R.
 - 2.2. Nummer 12 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B ist auf Beamte der Landesbesoldungsordnung A entsprechend anzuwenden.

Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe A 1
Besoldungsgruppe A 2
Besoldungsgruppe A 3
Besoldungsgruppe A 4
Besoldungsgruppe A 5
Besoldungsgruppe A 6
Besoldungsgruppe A 7
Besoldungsgruppe A 8
Besoldungsgruppe A 9
Besoldungsgruppe A 10
Besoldungsgruppe A 11
Besoldungsgruppe A 12
(nicht besetzt)
Besoldungsgruppe A 13

Oberlehrer - an einer Justizvollzugsanstalt¹

Besoldungsgruppe A 14

Rektor - als der ständige Vertreter des Leiters
eines Studienseminars
- als Fachleiter eines Studienseminars
Schulrat - bei einer Landesbehörde²

Besoldungsgruppe A 15

Oberschulrat - als Leiter des staatlichen Schulamtes
(Kreisschulrat), dem bis zu 1000
Lehrkräfte unterstellt sind
- bei einer Landesbehörde³
Seminarleiter - als Leiter eines Studienseminars
Studiendirektor - als der ständige Vertreter des Leiters
eines Studienseminars für das Lehramt

¹ Kann erst nach Außerkrafttreten der Besoldungs-Übergangsverordnungen des Bundes in Anspruch genommen werden.

² Erhält eine Amtszulage in analoger Anwendung der Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe 14 der Bundesbesoldungsordnung A.

³ Soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 16

für die Sekundarstufe II

Besoldungsgruppe A 16

Direktor des Autobahnamtes

Direktor des Landeseichamtes

Direktor des Landesforstamtes

Direktor des medienpädagogisches Zentrums

Direktor des Zentraldienstes der Polizei für Technik und Beschaffung

- | | | |
|-------------------------------|---|--|
| Oberschulrat | - | als Leiter eines staatlichen Schulamtes (Kreisschulrat), dem mehr als 1000 Lehrkräfte unterstellt sind |
| | - | als Referatsleiter im Schulaufsichtsdienst oder als Leiter von Schulaufsichtsbereichen bei einer Landesbehörde |
| Oberstudiendirektor | - | als Leiter der Abteilung für die erste Staatsprüfung beim Prüfungsamt für Lehrämter |
| | - | als Leiter der Abteilung für die zweite Staatsprüfung beim Prüfungsamt für Lehrämter |
| | - | als Leiter eines Studienseminars für das Lehramt für die Sekundarstufe II |
| Polizeipräsident ⁴ | - | als Leiter der Wasserschutzpolizei Brandenburg ⁵ |

⁴ Soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 2, B4

⁵ Der derzeitige Dienstposteninhaber darf für seine Person Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 2 erhalten.

Besoldungsordnung B

Besoldungsgruppe B 1 (nicht besetzt)

Besoldungsgruppe B 2

Direktor der Fachhochschule für Finanzen

Direktor der Landespolizeischule

Direktor des Brandenburgischen Amtes für Denkmalpflege und
Landeskonservator

Direktor des Brandenburgischen Prüfungsamtes für Lehrämter

Direktor des Landesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe

Direktor des Landeskriminalamtes

Direktor des Pädagogischen Landesinstitutes Brandenburg

Inspekteur der Polizei⁶

Landeskriminaldirektor⁷

Leitender Oberschulrat - als Leiter eines bedeutenden
Referates der obersten
Schulaufsichtsbehörde

Polizeipräsident - in einem Polizeibereich mit mehr
als 175 000 bis zu 300 000
Einwohnern⁸

Besoldungsgruppe B 3

Direktor der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Direktor des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik

Direktor des Landesvermessungsamtes

Präsident des Landesamtes für Verkehr und Straßenbau

Präsident des Oberbergamtes

⁶ Der erste Dienstposteninhaber darf für seine Person Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 3 erhalten.

⁷ Beim Ministerium des Innern

⁸ Der derzeitige Dienstposteninhaber Polizeipräsident Eberswalde-Finow darf für seine Person Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 4 erhalten.

Besoldungsgruppe B 4

Direktor beim Landesrechnungshof - mit mindestens zwei Teilgebieten

Polizeipräsident - in einem Polizeibereich mit mehr als 300 000 Einwohnern

Präsident des Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung

Präsident des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen

Präsident des Landesumweltamtes

Besoldungsgruppe B 5 (nicht besetzt)

Besoldungsgruppe B 6

Vizepräsident des Landesrechnungshofes

Besoldungsgruppe B 7 (nicht besetzt)

Besoldungsgruppe B 8 (nicht besetzt)

Besoldungsgruppe B 9

Direktor beim Landtag

Präsident des Landesrechnungshofes

Staatssekretär⁹

Besoldungsgruppe B 10

Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär¹⁰

⁹ Entsprechend der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung; kann hier erst nach Außerkrafttreten der Besoldungs-Übergangsverordnungen des Bundes wirksam werden.

¹⁰ Entsprechend der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung; kann hier erst nach Außerkrafttreten der Besoldungs-Übergangsverordnungen des Bundes wirksam werden.

Beträge der Zulagen

(Im Hinblick auf die Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung vom
21. Juni 1991 - BGBl. I S. 1345 - zur Zeit nicht besetzt)

Amtliche Begründung:

I. Allgemein:

Nach Art. 74 a GG (konkurrierende Gesetzgebung) hat der Bund ein Gesetzgebungsvorrecht für die Besoldung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes; gemäß § 73 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG), der durch Anlage I Kap. XIX Sachgebiet A Abschn. II Nr. 3 des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 i. V. mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885, 1139) eingefügt worden ist, ist die Bundesregierung ermächtigt worden, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates für die Besoldung der künftigen Beamten und Richter i. S. von § 1 BBesG in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet Übergangsregelungen zu bestimmen, die den besonderen Verhältnissen im Beitrittsgebiet Rechnung tragen.

Der Bund hat davon u. a. durch die Erste und - diese ablösend - die Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung (2. BesÜV) Gebrauch gemacht. Die Länder können besoldungsrechtliche Vorschriften im Sinne des § 1 Abs. 1 bis 3 BBesG nur erlassen, soweit dies bundesrechtlich ausdrücklich geregelt ist (§§ 1 Abs. 4, 20 Abs. 3 BBesG). Das LBesG berücksichtigt diese Vorgaben und regelt ergänzend die z. Z. in der Kompetenz der Länder möglichen Materialien.

Der Gesetzentwurf entspricht in seinem Paragraphenteil dem im Sommer 1975 vom Arbeitskreis für Besoldungsfragen erarbeiteten Musterentwurf.

II. Im einzelnen:

Zu § 1 (Geltungsbereich):

Absatz 1 bestimmt den persönlichen Geltungsbereich des Gesetzes. Im Hinblick darauf, daß das BBesG und die dazu erlassenen Verordnungen bzw. die 2. BesÜV auch für die unmittelbaren und mittelbaren Beamten sowie für die Richter der Länder gilt, ist ein allgemeiner Hinweis auf Bundesrecht in Form eines Vorbehalts vorgesehen.

Absatz 2 nimmt in Übereinstimmung mit § 1 Abs. 5 BBesG die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften und ihre Verbände aus, da diese auf Grund des Art. 140 des Grundgesetzes ihre Angelegenheiten selbst ordnen und verwalten.

Zu § 2 (Landesbesoldungsordnungen):

Die Besoldungsordnungen des BBesG regeln weitgehend auch die Einstufung der Ämter von Beamten der Länder und der ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richter der Länder unmittelbar, so daß für die Landesbesoldungsordnungen A und B (Anlage) in der Aufbauphase im Land Brandenburg - insbesondere während des Geltens der 2. BesÜV - z. Z. nur wenige Ämter

ausgebracht werden können (vgl. I. Allgemein).

Im übrigen bedürfen gemäß § 18 und anderen Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit dem Besoldungsmoratorium des Bundes und der Länder vom 01.07.1977 landesspezifische Ämter und Stellenstrukturen eines zeitaufwendigen Abstimmungsverfahrens, um Normenkontrollverfahren der Beteiligten zu verhindern. Der Bundesminister des Innern hat ein weitergehendes Gesetz in einem neuen Land insoweit bereits als rechtswidrig beanstandet. Das vorliegende Gesetz ist in dem nach § 9 der 2. BesÜV vorgeschriebenen Rahmen zwischen Bund und Ländern abgestimmt; Änderungsvorschläge sind berücksichtigt.

Zu § 3 (Einweisung in die Planstelle, Änderung in der Zuordnungen von Ämtern):

Absatz 2 bringt die haushaltsrechtlich notwendige Verknüpfung mit der Landeshaushaltsordnung und sichert eine einheitliche Personalwirtschaft.

Zu § 4 (Aufwandsentschädigungen):

Aufwandsentschädigungen gehören nicht zur Besoldung (vgl. § 1 Abs. 2 und 3 BBesG) und werden daher durch die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Art. 74 a GG nicht erfaßt. Gleichwohl besteht ein dringendes Interesse daran, daß auch im Landesbereich nach dem Grundsatz des § 17 BBesG und nach dem Sinngehalt des Besoldungsmoratoriums von Bund und Ländern vom 01.07.1977 verfahren wird. Danach dürfen Aufwandsentschädigungen nur gewährt werden, wenn aus dienstlicher Veranlassung Aufwendungen entstehen, deren Übernahme dem Beamten oder Richter nicht zugemutet werden kann, und der Haushaltsplan Mittel dafür zur Verfügung stellt; grundsätzlich ist dabei die Einheitlichkeit der Zahlungen im öffentlichen Dienst zu wahren.

Die enge Beziehung zwischen Aufwandsentschädigungen und Besoldung ist offenkundig. Durch überhöhte Entschädigungen, die nicht den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen, würde in unzulässiger Weise mittelbar die Besoldung verbessert werden.

In Absatz 1 wird daher der Grundsatz des § 17 BBesG in das Landesrecht übernommen.

Absatz 2 enthält eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlaß von Richtlinien durch Rechtsverordnung.

Durch Absatz 3 soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß § 4 Abs. 1 nicht mehr die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Beamte und Richter des Landes und an Beamte der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts davon abhängig macht, daß deren Regelung in Rechtsvorschriften des Landes ausdrücklich vorgesehen ist.

Die Vorschrift soll im Hinblick auf die Bedeutung der Aufwandsentschädigungen zusammen mit Absatz 2 eine einheitliche Anwendung im Bereich des Landes gewährleisten.

Zu § 5 (Sonstige Zuwendungen):

Die Vorschrift soll auch für sonstige Zuwendungen außerhalb der Besoldung und der Aufwandsentschädigungen eine einheitliche Behandlung aller Besoldungsempfänger im Bereich des Landes gewährleisten. Durch Satz 2 soll eine Umgehung der Vorschrift verhindert werden, die dann angenommen werden müsste, wenn die Geldzuwendungen mittelbar über eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Einrichtung den Bediensteten zugewendet werden.

Als sonstige Zuwendungen im Sinne dieser Vorschrift sollen auch geldwerte Leistungen gelten. Als geldwerte Leistungen sind solche Sachbezüge anzusehen, die nach § 6 dieses Gesetzes grundsätzlich auf die Besoldung anzurechnen sind, weil sie dem Empfänger einen wirtschaftlichen Vorteil verschaffen. Im Ergebnis verhindert die Vorschrift Auswirkungen der in der Begründung zu § 4 geschilderten Art.

Zu § 6 (Anrechnung von Sachbezügen):

Es gilt das zu §§ 4 und 5 Ausgeführte entsprechend. Die Vorschrift dient im übrigen dazu, die Einheitlichkeit bei der Anrechnung von Sachbezügen sicherzustellen.

Zu § 7 (Zuständigkeitsregelungen):

Zu § 8:

Inkrafttretensvorschrift (gemäß 2. BesÜV zum 01.07.1991)

Zu Anlage 1:

Wegen des Gesetzgebungsvorrangs der 2. Besoldungs-Übergangsverordnung ist nur geringer Raum für eigene Landesregelungen. Die Übernahme der Gewährung der sogenannten oberstbehördlichen Zulage der BBesG in das Brandenburgische Besoldungsgesetz entspricht der Notwendigkeit, für den Ballungsraum Potsdam/Berlin qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu behalten. Im übrigen bewirkt die Übernahme eine Gleichbehandlung der Beschäftigten in den obersten Behörden bei der Anpassung an die Bezüge der alten Bundesländer und bei Inkrafttreten der 2. BesÜV.

Die Übernahme ist mit den neuen Bundesländern abgestimmt; der Bund hat keine Einwendungen erhoben.

Zu den Besoldungsordnungen A und B:

(vgl. auch die amtliche Begründung zu § 2)

Bei der Zuordnung der landesspezifischen Ämter in die Landesbesoldungsordnungen A und B ist entsprechend dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung (§ 18 BBesG) verfahren worden. Für die Bewertung der Funktionen und ihre Zuordnung zu den Laufbahngruppen sind die Verhältnisse in vergleichbaren Organisationseinheiten im bisherigen Bundesgebiet sowie - soweit vorhanden - im Beitrittsgebiet berücksichtigt worden.

Die Ressortabstimmung ist erfolgt; ein Verfahren nach § 9 der 2. BesÜV hat mit Bund und Ländern ("kleines Moratorium") stattgefunden.

Zu Anlage 2:

Während der Geltungsdauer der 2. Besoldungs-Übergangsverordnung besteht kein auszufüllender Raum für landesrechtliche Zulagen.